

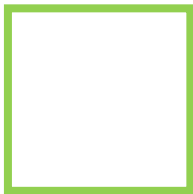


OMV Position zum Entwurf

Verordnung des Vorstands der E-Control über die Meldepflichten zur Durchführung der Überwachung des Handels mit Energiegroßhandelsprodukten auf nationaler Ebene (Energiegroßhandelsdatenverordnung – EGHD-VO)

1. Allgemeine Einschätzung

- ▶ Ungeachtet der Europäischen Entwicklung hinsichtlich der REMIT Verordnung beabsichtigt die E-Control ein eigenes nationales Transaktionsreporting, auf Basis einer Energiegroßhandelsdaten-VO einzurichten.
- ▶ Auf Grund der zeitlichen Abfolge und des Fehlens der finalisierten TRUM Dokumentes auf EU-Ebene, als unabkömmliches Dokument um die Eingabe der Daten in die Reportingfelder zu beschreiben, ist die Vermeidung von Doppelreportings unwahrscheinlich, da sich das europäische Reporting nach den Details des österreichischen Reportings richten müsste. Es ist daher zu erwarten, dass es im Ergebnis fraglos zu einem doppelten Reporting kommen wird, dessen Vermeidung jedoch ein klar deklariertes Ziel von REMIT war.
- ▶ Darüber hinaus ist zu befürchten, dass die im Zuge von EMIR gemachten Fehler wiederholt werden, bzw. durch Einrichten eines nationalen Reportings noch verstärkt werden. Beispielsweise beinhaltet der hier veröffentlichte Verordnungsentwurf keinen Lösungsansatz, für ein Prozedere der einheitlichen Vertragskennung durch die Marktteilnehmer – Feld 14 bei Tabelle 2. Dieses unter EMIR als „UTI Problem“ vieldiskutiertes wesentliches Kriterium, welches zu den niedrigen Prozentsätzen der für ESMA eindeutig zuordenbaren Kauf und Verkaufsseite der gemeldeten Geschäfte führt, ist somit gänzlich ignoriert und wiederholt worden, um nur auf eines der augenscheinlichsten Probleme hinzuweisen.
- ▶ Die Konsequenzen daraus sind:
 - **Fehlende Koordination** bei der Übermittlung der Daten auf österreichischer und europäischer Ebene und als Folge **fehlende Kohärenz der Datensätze; Potentiell widersprüchliche Interpretation der Daten; Potentiell unrichtige Beurteilung von Marktmissbrauch und Insider-Trading;**
 - **Doppelreporting** für Gas und Strom Derivate, die schon zu Hedging Zwecken unter **EMIR** gemeldet wurden. Dies führt zwangsläufig zu **zwei Doppelreportings:** unter der Energiegroßhandelsdaten-VO und REMIT einerseits und unter der Energiegroßhandelsdaten-VO und EMIR andererseits.
 - **Bedeutungsverlust** für den Handelpunkt „Österreich“ da internationale Unternehmen diesen zur Vermeidung von zusätzlichen Reportingverpflichtungen zumindest zwischenzeitlich meiden werden.



- ▶ OMV spricht sich daher klar gegen ein vorschnelles Festlegen von nationalen Reportingverpflichtungen aus, zumal auf Grund der zeitlichen Abfolge von doppelten Reportingverpflichtungen ausgegangen werden muss.
- ▶ Doppelreportings und überlappende Reportingverpflichtungen sollten unbedingt vermieden werden. Nationale Reportingverpflichtungen sollte daher ausschließlich jene Daten umfassen, die einen entsprechenden Mehrwert zur Steigerung der Transparenz darstellen und die nicht bereits durch die europäische Berichtspflicht erfasst sind.

2. Anmerkungen zum Entwurf

Gegenstand und Anwendungsbereich

- ▶ Zu § 1 (1) ist anzumerken, dass sich bei der Formulierung „Auswirkungen auf den österreichischen Energiegroßhandelsmarkt“ in der gegenwärtigen Form einerseits die Frage stellt, welche Voraussetzungen für die Marktteilnehmer gelten und in wie fern der Geltungsbereich sich auch auf internationale Unternehmen erstreckt deren Tätigkeit „Auswirkungen auf den österreichischen Energiegroßhandelsmarkt“ hat. Andererseits muss klar definiert sein, was unter dem Begriff „Auswirkungen“ zu verstehen und umfasst ist. Hier bedarf es jedenfalls einer Präzisierung im Verordnungstext, oder einer entsprechend detaillierten Berücksichtigung im Annex.

Begriffsbestimmungen

- ▶ Grundsätzlich muss zu den Begriffsbestimmungen angemerkt werden, dass hier noch Nachbesserungsbedarf besteht, da, um ein Beispiel zu nennen, eine klare Definition wer im Sinne der Verordnung als „Meldepflichtiger“ gilt, fehlt. Der Definition des „Marktteilnehmers“ unter § 2 3. fehlt ebenso die notwendige Genauigkeit um in diesem Zusammenhang entsprechend aussagekräftig zu sein, zumal sowohl bei einer „Transaktion“ als auch bei einem „Handelsauftrag“ jeweils mehr als eine Partei involviert ist. Zu § 2 3. des Entwurfs muss darüber hinaus angemerkt werden, dass auch der Begriff „Transaktion“ einer genaueren Beschreibung bedarf und festgelegt werden sollte, ob darunter Kauf und / oder Verkauf und / oder Trading zu verstehen ist. Des Weiteren spielt hier die Unklarheit der Ausnahme unter § 2 1. a, die im nächsten Punkt angeführt wird, eine wesentliche Rolle, da ohne einer entsprechenden Konkretisierung der hier angeführten Bestimmungen keine Zuordenbarkeit der Rolle des Marktteilnehmers in Bezug auf Endverbraucher vorgenommen werden kann.



- Der Standort gemäß § 2 1.a. des Entwurfs ist in diesem Zusammenhang keine klar messbare Größe und müsste entsprechend konkretisiert werden (z.B. Zählpunkt). Darüber hinaus lässt sich seitens des Lieferanten in Bezug auf die 600 GWh Verbrauchskapazität keine entsprechende Prüfung durchführen. Aus diesem Grund müsste eine, entsprechend dieses Thresholds geführte Aufzeichnung (Endkunden, die eine Verbrauchskapazität über 600 GWh deklarieren) durch die ECA zur Verfügung gestellt werden. Die Meldepflicht an die ECA bei Überschreitung des Thresholds muss dabei beim Endkunden verbleiben.
- Gemäß REMIT-VO sowie der "final version of REMIT Regulation Implementing Acts as approved by EU Governments in the Committee on October 3" sind Speicherverträge nicht vom Begriff des Energiegroßhandelsproduktes erfasst und somit nicht meldepflichtig im Sinne des vorliegenden Verordnungsentwurfes. Die Speicherunternehmen legen der Regulierungsbehörde gemäß § 101 GWG jeden einzelnen Speichervertrag vor, insofern ist der Behörde bekannt, dass Speicherkapazitäten in Österreich auf Basis eines Fixpreises vermarktet werden und nicht basierend auf einem „underlying“ (z.B. Forward-Preis) oder sonstigen variablen Bezugsgrößen. Insofern kann ein Speicherkunde den Preis und somit Wert eines Speichervertrages als Handelsinstrumentes während der Vertragslaufzeit nicht manipulieren. Eine Erweiterung der Reportingverpflichtungen im Vergleich zu den europarechtlichen Vorgaben ist deshalb überbordend, weshalb wir uns eindeutig dagegen aussprechen.
- Der Verordnungsentwurf berücksichtigt nicht die Behandlung von Derivaten, welche bereits aufgrund der EU Verordnung Nr. 648/2012 über OTC-Derivate, durch die Meldung an die EMIR Transaktionsregister erfasst werden, und daher auf EU-Ebene nicht unter REMIT nochmals übermittelt werden müssen. Ein Ausbleiben der Formulierung dieser Ausnahme von der nochmaligen Reportingverpflichtung unter REMIT führt zu einem weiteren Doppelreporting auf nationaler Ebene und muss daher in diesem Entwurf noch eingefügt werden.

Datenübermittlung

- Das Festlegen der Frist auf „spätestens 12:00 Uhr des auf den Abschluss folgenden Werktags“ in Bezug auf die Übermittlung meldepflichtiger Daten entsprechend § 4 (4) des Entwurfs lässt sich nicht von der REMIT Verordnung ableiten und ist daher mangels plausible Begründung als nicht nachvollziehbar abzulehnen.
- Die Meldepflicht hinsichtlich des in § 4 (8) des Entwurfs vorgesehenen Backloadings auf nationaler Ebene und die mit den Implementing Acts erwarteten Meldepflichten auf EU-Ebene, führen wegen der unterschiedlichen Zeitpunkte des Inkrafttretens zu eindeutigen Doppelmeldungen. Gleichzeitig ist zu befürchten, dass es auf Grund des unterschiedlichen Meldezeitpunkts bei fortlaufendem Geschäft im Vergleich zwischen nationaler und EU-Ebene zu einem verzerrten, irreführenden Bild kommen muss. Eine eigene Backloading Regelung auf nationaler Ebene muss aus diesen Gründen äußerst kritisch betrachtet werden und sollte in Hinblick auf die zu erwartende Regelung auf EU-Ebene abgelehnt werden.



Inkrafttreten und Schlussbestimmungen

- ▶ Das Inkrafttreten der Energiegroßhandelsdaten-Verordnung mit 1. April 2015 bzw. 1. Juli 2015 würde jenem der Implementing Acts auf EU-Ebene nach dem aktuellen Stand der Verhandlungen um 6 Monate vorgreifen. Es muss grundsätzlich die Sinnhaftigkeit der nationalen Verordnung zu diesem Zeitpunkt hinterfragt werden, zumal Seitens der E-Control kommuniziert wurde, dass die nationale Verordnung lediglich bis zum Inkrafttreten der REMIT Implementing Acts auf EU-Ebene in vollem Umfang Geltung haben sollte und auf EU-Ebene in den nächsten Wochen die Implementing Acts mit den darin festgelegten Fristen für den Beginn der Berichtspflichten einheitlich für den europäischen Raum finalisiert werden.
- ▶ Entsprechend der Kommunikation seitens E-Control wäre auch die Ergänzung eines zusätzlichen Punkts „Außerkräfttreten“ zu begrüßen, der erwähnte die Ankündigung entsprechend umsetzt.

Anhänge

- ▶ Die Anhänge der EGHD-VO stimmen in den Felderbezeichnungen und Felderbeschreibungen der gesichteten Letztentwürfe der REMIT Implementing Acts nicht überein und es ist somit eine Aktualisierung dieses Verordnungsentwurfes unumgänglich, da eine einheitlicher Federbeschreibung und Bezeichnung der Feldinhalte als unabdingbares Mindestkriterium für die Anforderung des Vermeidens von Doppelreporting eine notwendige Voraussetzung darstellt.